

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 50/42. Jg.

13. Dez. 1929

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-
Schluß: Montag, Fernruf: B 2, Lützow 5583.
Verlag: Johannes Hoff, Berlin W 9. - Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Auguststraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.* [Postverlagsort Schkenditz]

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Auguststr. 8-9.

Der unsichtbare Arbeitslohn.

Unser Arbeitslohn durchwandert den Haushalt. Er kommt ein, und sein Zweck ist, ausgegeben zu werden. Dabei ist die Art der Ausgabe recht verschieden. Der bei weitem größte Teil, ja meist sogar der ganze Lohn, wird zur Befriedigung materieller und kultureller Bedürfnisse verwandt. Hierzu gehören die Ausgaben für Wohnen, Leben, Kleiden, Bildungswesen usw., während eventuelle Spargelder unter Verzicht auf augenblicklichen Genuß an einem späteren Zeitpunkt die Funktionen erfüllen sollen, die eine sofort getätigte Lohnausgabe im Augenblick ermöglicht. Dieser ganze Aufwand wird aus den Mitteln bestritten, die dem Arbeiter als Entgelt für seine Tätigkeit vom Unternehmer als Lohn ausgehändigt werden. Neben diesen Ausgaben, die der Arbeitnehmer selbst vornimmt, werden zu demselben Zweck, nämlich Lebensbedürfnisse zu befriedigen, noch von anderen Stellen Mittel für ihn aufgewandt. Diese anderen Stellen sind die öffentlichen Körperschaften, Kommunen, Kommunalverbände, Länder und Reich. Soweit die von jenen Kollektivgebilden verausgabten Summen für den Arbeitnehmer ausgegeben werden, stellen sie den „unsichtbaren Arbeitslohn“ dar, dessen Wesen und Höhe uns hier beschäftigen soll.

Bestimmte Teile des Volkseinkommens für kollektive Zwecke zu verwenden, ist allen Kulturstaaten eigen, ja diese Tatsache macht sie erst zu solchen. Die Höhe dieser Ausgaben ist in den einzelnen Ländern sehr verschieden. Das Statistische Reichsamt veröffentlicht darüber eingehende Erhebungen. Darin ist dargestellt, wie hoch die Verwaltungskosten je Kopf der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, England, Deutschland, Schweden, Belgien und Polen sind. Die Ausgaben für Heer, Flotte, Kriegsschuldendienst und koloniale Betätigung, kurz alles, was dem Zwecke der Landesverteidigung dient, ist in den unten aufgeführten Ziffern nicht enthalten.

In England, Schweden, Belgien und Polen kommen nur der Staat, die Kommunen und die Kommunalverbände in Frage, in Deutschland und Amerika daneben noch die Gliedstaaten. (Für Deutschland beispielsweise Preußen, Bayern, Sachsen usw.) Von all diesen öffentlichen Körperschaften wurden im Jahre 1925 pro Kopf der Bevölkerung folgende Summen dem Etat zugeführt und dann verausgabt:

Land	Ofted-staaten		Kommunen u. Kommunalverbände		insgesamt
	Reich (Staat)	RM.	RM.	RM.	
USA.	27,4	55,1	220,9	303,4	
England	48,9	—	195,6	244,5	
Schweden	75,8	—	129,5	205,4	
Deutschland	24,4	62,1	93,9	180,4	
Belgien	34,1	—	84,3	118,4	
Polen	33,7	—	15,0	48,7	

Auffallend sind die großen Unterschiede, differieren doch die Verwaltungskosten pro Kopf der Bevölkerung zwischen Amerika und Polen um mehr als 600 Proz. Hier spiegelt sich der Nationalreichtum der betreffenden

Staaten getreu wieder. An erster Stelle steht Amerika mit 303,40 RM., dem erst in weitem Abstände England mit 244,50 RM. und dann Schweden mit 205,40 RM. folgt. Deutschland stellt mit 180,40 RM. an vierter Stelle. Nur in Belgien und Polen sind die entsprechenden Summen noch geringer als bei uns, allerdings ist auch hier der Unterschied recht beträchtlich, da Polen mit 48,70 RM. noch weniger als ein Drittel soviel pro Staatsbürger aufwendet wie Deutschland.

An Hand der dargestellten Statistik ergibt sich, daß das vom deutschen Unternehmertum bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten vorgebrachte Schlagwort, die öffentliche Hand sauge zuviel Mittel aus der Wirtschaft, eine ganz haltlose Behauptung ist. Gerade diesen Kreisen, die in ihrer Propaganda stets betonen, nur noch in dem freien Amerika sei die privatwirtschaftliche Betätigung vor dem Eingriffsrecht des Staates bewahrt, sollte die Tatsache, daß Amerikas öffentliche Körperschaften zur Befriedigung kollektiver Bedürfnisse 68 Proz. mehr gebrauchen als Deutschland, zu denken geben. Wäre es richtig, daß die Höhe der Verwaltungskosten einen Gradmesser dafür bildet wie weit die „kalte Sozialisierung“ schon gediehen sei, dann müßte drüben schon halber Sozialismus herrschen. Daß das nicht der Fall ist, braucht nicht bewiesen zu werden.

Interessant ist weiter der verhältnismäßig hohe Anteil der Gemeinden und Gemeindeverbände an der Aufbringung und Aufwendung der Gelder für kollektive Zwecke. Er beträgt in Deutschland 52,1 Proz., in den Vereinigten Staaten 72,7 Proz., in England 79,8 Proz., in Schweden 63,1 Proz., in Belgien 71,2 Proz. und in Polen 30,7 Proz. des Gesamtaufwandes pro Kopf der Bevölkerung. Hieraus geht erneut hervor, wie bedeutungsvoll der Einfluß der Arbeitnehmerschaft auf die Kommunalpolitik ist. Aus Anlaß der erst kürzlich in Deutschland getätigten Kommunalwahlen haben deshalb die Organe der freien Gewerkschaften mit Recht diesem Problem eingehende Betrachtungen gewidmet. Was da für Deutschland und die deutsche Arbeitnehmerschaft gesagt wurde, gilt, wie wir gesehen haben, grundsätzlich für alle Staaten, in denen die Arbeiterschaft am öffentlichen Leben gestaltend wirken kann.

Welcher Art nun sind die Aufwendungen, die zur Befriedigung kollektiver Bedürfnisse gemacht werden?

Die liberale Staats- und Wirtschaftstheorie weist dem Staate nur die Aufgabe zu, das Leben und Eigentum seiner Bürger zu schützen. Lassalle verglich die Rolle, die der Staat hierbei zu spielen habe, mit der Betätigung eines Nachwächters und kämpfte gegen diese Auffassung mit der ganzen Wucht seines Wissens und seiner Persönlichkeit an. Er wies dem Staate als höchsten Zweck die Aufgabe zu, Kollektivbedürfnisse zu wecken und zu befriedigen, um so eine Summe von

Glück und Wohlstand zu schaffen, wie es dem einzelnen nie möglich wäre. In ähnlichen Bahnen bewegt sich auch heute die Praxis kommunaler und staatlicher Betätigung.

Das wichtigste Kollektivbedürfnis ist die Volksbildung. Die Unkosten dafür (Lehrerbeseoldung, Schaffung und Unterhaltung der Schulgebäude usw.) werden vom Staat und den Gemeinden aufgebracht. Sie stellen insofern einen Teil des unsichtbaren Arbeitslohnes dar, als den Eltern und sonstigen Erziehungsberechtigten die Kosten für die erste Ausbildung ihrer Kinder abgenommen werden. Für diese Zwecke wurden in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung von Staat und Gemeinde 19,49 RM. aufgewandt.

Verhältnismäßig große Ausgaben fordert der Sozialaufwand, den Staat und Kommunen zu leisten haben. Hierher gehören die Unterstützungen der allgemeinen Fürsorge an in Not geratene Personen, ferner die Ausgaben für Klein- und Sozialrentner, für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene, des weiteren für hilfsbedürftige Minderjährige, nicht versicherte Wöchnerinnen und das ganze Gebiet der Flüchtlingsfürsorge. Außerdem fällt unter diese Kategorie von Ausgaben die Jugendwohlfahrtspflege, also Jugendhilfe, Pflegekinderschutz, Vormundschaft, Jugendgerichtshilfe und Fürsorgeerziehung. Die Erwerbslosenfürsorge ist jetzt durch Versicherung gewährleistet, nur zur Krisenfürsorge wird ein Bruchteil beigesteuert. Für all diese sozialen Maßnahmen wurden im Deutschen Reich pro Kopf der Bevölkerung 18,02 RM. aufgewandt.

Auch hier sehen wir wieder den Grundsatz bestätigt, daß es Pflicht der Allgemeinheit ist, die hilfsbedürftigen Glieder der Gesellschaft zu unterstützen.

Für den Wegebau betragen die Ausgaben je Kopf der Bevölkerung im Reich 2,50 RM., bei den Ländern 1,56 RM., während Gemeinden und Gemeindeverbände 8,98 RM. hinzu steuerten. Gute Transportwege wirken fruchtverbilligend und ermöglichen dadurch niedrige Preise, an denen der Arbeiter ebenso stark interessiert ist wie an hohen Löhnen, denn der Warenpreis bestimmt deren Kaufkraft. Aber dieser Kollektivaufwand wirkt sogar bis zur Arbeitszeitgestaltung. Gute Transportmöglichkeiten verkürzen die Zeit, die der Arbeiter gezwungen ist, seiner Familie fern zu sein, um seiner Arbeit nachgehen zu können.

Mit dem, was hier angegeben worden ist, erschöpft sich das Gebiet keinesfalls. Es sollte nur an Beispielen gezeigt werden, wie vielgestaltig die Auswirkungen der öffentlichen Finanzgebarung auf das Arbeitsschicksal sind. Auch all diesen Fragen das erforderliche Interesse zuzuwenden und in der Verwendung der oben angegebenen Summen die Entscheidungen so zu beeinflussen, daß der Arbeiterschaft auch über den Umweg des unsichtbaren Arbeitslohnes geholfen wird, ist eine Aufgabe ihrer Interessenvertretung.

4. Ausschußsitzung des ADGB.

I.

Am Montag, dem 25. November 1929, trat der Ausschuß des ADGB zu seiner vierten Tagung zusammen.

Der zweite Vorsitzende, Graßmann, berichtete zunächst über den Unfall, den Theodor Leipart am 14. Oktober erlitten hat.

Gewerkschaften und Agrarfrage.

Dann erteilte er dem Genossen Dr. Hans Wilbrandt das Wort zu seinem Referat über Agrarzölle und landwirtschaftliche Produktivität. Bei der Behandlung der Agrarprobleme steht die Zollfrage meist im Vordergrund. Der IGB hat sich in seinem Wirtschaftsprogramm grundsätzlich für allmählichen Zollabbau eingesetzt. Für den Augenblick ist aber ein Abbau der Agrarzölle gar nicht zu denken. Die Aufgabe kann vielmehr nur sein, die Zollpolitik in eine vernünftige Richtung zu lenken. Vor dem Kriege setzte sich die Arbeiterschaft, die Verbraucherschaft, für Aufhebung der Agrarzölle ein. Die Landwirtschaft plädierte für den lückenlosen Zolltarif. Die Vorkriegsauffassung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften war im Grunde von liberalen Anschauungen bestimmt; sie entsprach weniger planwirtschaftlichen Gedankengängen. Die Sozialdemokratie steht heute nicht mehr auf diesem strikt ablehnenden Standpunkte. Die Frage der Zölle ist für sie nicht mehr eine Frage des Prinzips, sondern sie wird von Fall zu Fall geprüft.

Wilbrandt erörterte an einigen Beispielen die Gründe, um derentwillen die Frage der Agrarzölle nicht schematisch mit ja oder nein beantwortet werden kann. Allerdings, ein lückenloser Zolltarif auf die landwirtschaftlichen Produkte kommt unter keinen Umständen in Frage. Der leitende Gesichtspunkt bei der Beurteilung zollpolitischer Maßnahmen muß sein, ob sich mit ihnen eine für die Verbraucherschaft günstige Preisbildung erzielen läßt, ob Zwischenhandelsgewinne eingedämmt werden können. Ein interessantes Beispiel dafür, daß eine solche günstige Beeinflussung möglich ist, bietet die Regelung der Zuckerzölle. Der Zoll ist zwar verhältnismäßig hoch, aber eine Überhöhung der deutschen Zuckerpreise ist durch Einführung einer Verbraucherschutzbestimmung unmöglich gemacht worden. In anderen Fällen zeigt es sich, von wie geringem Einfluß die Zölle auf die Preisbildung sind. Die hohen Schweinezölle, die wir in Deutschland haben, führen zwar zu einer Verteuerung der Schweinepreise, wenn das Angebot knapp ist, sie haben aber nicht die Möglichkeit, Katastrophen von solcher Art, wie sie vor anderthalb Jahren durch den Sturz der Schweinepreise eingetreten sind, zu verhüten. Trotz der hohen Rinder- und Rindfleischzölle ist das Preisniveau für Rinder niedrig, weil auf die Preisbildung allein das deutsche Angebot einwirkt; die Zölle haben in diesem Falle gar keine preisbildende Bedeutung. Ebenso liegt es bei der Kartoffel, da Deutschland sich bis zu 99 v. H. selbst mit Kartoffeln versorgt. Bei den Getreidepreisen dagegen ist es anders. Sie erhöhen sich je nachdem, ob eine starke Getreideinfuhr notwendig wird oder nicht. Dabei ist übrigens zu beachten, daß die Kleinhandelspreise den Erzeugungspreisen nur langsam oder nicht vollständig folgen. Die angeführten Beispiele zeigen, daß eine schematische Zollpolitik nicht möglich ist.

Die Sozialdemokratie hatte bekanntlich als Ersatz für Getreidezölle in diesem Jahre ein Getreidemonopol vorgeschlagen, das die Schwankungen der Getreidepreise verhüten sollte. Es hat sich aber gezeigt, daß die politischen Voraussetzungen für die Einigung der Parteien auf eine solche Maßnahme noch nicht bestehen. Die Regierung hat in den letzten Tagen ein Programm vorgelegt, in dem sie an Stelle der starren Zölle ein Gleitzollsystem in Vorschlag bringt, d. h., verstärkten Zollschutz bei übermäßig niedrigen Getreidepreisen, Abbau des Zollschutzes bei erhöhten Preisen. Gegen diese Vorschläge ist grundsätzlich wenig einzuwenden; wesentlich wird aber sein, die Richtpreise, die das Programm vorsieht, herabzusetzen. Die Richtpreise sind zwar nicht höher als die seinerzeit von uns vorgesehenen Monopolpreise, letztere waren aber Höchstpreise, sie sind infolgedessen mit den von der Regierung vorgeschlagenen Richtpreisen nicht auf gleiche Stufe zu setzen. Die Herabsetzung der Richtpreise ist sowohl beim Weizen wie beim Roggen notwendig. Beim Roggen ist es außerdem wichtig, den Einfluß der auf den niedrigsten Gleitzollsatz stabil festzusetzen. Die Regierung zieht es vor, die Roggenpreise auf diesem Wege niedrig zu halten, um die Verführung von Roggen bei der Schweinemast in Nordwestdeutschland (an Stelle ansländischer Futtergerste) zu ermöglichen. Eine Erhöhung des Futtergerstenzolles dagegen lehnt die Regierung ab. Für den Ost-West-Transport des Roggens werden Reichszuschüsse gegeben.

Die Landwirtschaft überschätzt die Bedeutung der Zölle als Grundlage ihrer Rentabilität. Man darf im übrigen nicht außer acht lassen, daß man das, was man der Landwirtschaft gibt, der städtischen Bevölkerung nehmen müßte, d. h., daß in dem Maße, wie die Kaufkraft der Landwirtschaft

auf diese Weise hochgetrieben wird, die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung sänke.

Welche Faktoren haben auf die heute prekäre Lage der Landwirtschaft eingewirkt? Die Inflation, die für die Entschuldung der Landwirtschaft überaus günstig war, ist von den meisten Landwirten nicht benutzt worden, ihre Betriebe auf eine gesunde Produktionsbasis zu stellen. In der Deflation konnten nur diejenigen Landwirte ihren Betrieb rentabel gestalten, die so sparsam wie möglich wirtschafteten. Tatsächlich haben viele Landwirte damals große, hochverzinsliche Kredite aufgenommen; nachher war ihnen die Bezahlung der Zinsen unmöglich; die Betriebe gerieten in Schulden. Viele tausende Hektar kamen zur Zwangsversteigerung. Zahlenmäßig sind selbstverständlich unter den verschuldeten Betrieben viel mehr Kleinbetriebe; nach der Zwangsversteigerten Fläche dagegen ist der Anteil der Großbetriebe höher, besonders in Ostelbien. Das liegt in der Natur der Sache. Die Besitzer von Großbetrieben waren viel eher in der Lage, Kredite aufzunehmen zu können; die Bauern konnten leichter persönliche Ersparnisse machen. Immerhin ist es nur ein relativ kleiner Teil von Großbetrieben, denen es wirklich schlecht geht. Diesem Teil ist allerdings auf keine Weise zu helfen. Ihre Betriebe müssen den Besitzer wechseln. Mit am schlechtesten ist die Lage in Ostpreußen. Aber auch dort sind über 100 bis 150 v. H. des steuerlichen Einheitswertes nur 10 bis 15 v. H. der Großbetriebe verschuldet, über 150 v. H. nur 6 v. H. Es ist daher falsch, wenn behauptet wird, die ganze Landwirtschaft befindet sich in ungeheurer Notlage. Diese Notlage besteht in der Hauptsache nur in Ostelbien und nur bei einem Teil der Betriebe.

Im ganzen hat sich die Lage der Landwirtschaft gehoben. Ein Zeichen dafür ist schon die Zunahme der Spareinlagen bei den Genossenschaften; ebenso die Zunahme der Beträge, die für Dingenmittelkäufe ausgegeben wurden. Freilich hat sich im ganzen die Kaufkraft der bäuerlichen Landwirtschaft, also des Großteils der ländlichen Bevölkerung nach dem Kriege nicht in gleichem Maße gehoben wie die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung. Der Produktionswert der Betriebe und entsprechend die Kaufkraft wird etwa um 20 bis 30 v. H. über dem Vorkriegsniveau liegen, nicht etwa nur um 10 bis 15 v. H., wie behauptet wurde.

Durch überspannte Zollpolitik ist die Kaufkraft der bäuerlichen Landwirtschaft keinesfalls zu heben. Es sind ja gar nicht die niedrigen Preise, welche die Lage der bäuerlichen Landwirtschaft schwierig gestalten. Die Ursache ist meist einfach die Rückständigkeit der bäuerlichen Betriebe. Das landwirtschaftliche Bildungswesen steht in Deutschland noch im Anfang der Entwicklung. Nur ein kleiner Teil der Bauern hat landwirtschaftliche Schulung genossen; vor dem Kriege waren es nur 2 bis 3 v. H., nach dem Kriege hat sich der Prozentsatz erhöht. Die Schulung der Landwirte ist für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität von größter Bedeutung. Angenommen, daß die deutschen Bauern geschulte Landwirte wären, so könnte die Feldproduktion um mehrere Milliarden gesteigert und ihre Produkte verbilligt werden; eine Einfuhr von Lebensmitteln würde sich dann erübrigen. Auch die Milchherzeugung ließe sich um 50 bis 100 v. H. steigern. Diese Steigerung würde gleichzeitig eine Senkung der Produktionskosten zur Folge haben, die sich ungefähr auf eine Milliarde belaufen würde. Bei rationeller Fütterung könnte die Schweinemast erheblich verbilligt, der Verbrauch gesteigert werden. In Anbetracht der starken Konjunkturschwankungen, der die Schweinepreise unterliegen, wäre das eine wie das andere von großer Bedeutung. Ähnlich liegt es bei der Hühnerzucht.

Ausbau des landwirtschaftlichen Bildungswesens, Ausbau der staatlichen Beratungs- und Kontrolltätigkeit — in einem Wort: Rationalisierung der Landwirtschaft: das sind die Hauptmittel zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität. Diese Rationalisierung hat gegenüber der Rationalisierung in der Industrie den Vorteil, daß sie keine Menschen freisetzt. Es kommt auf die Modernisierung der Landwirtschaft durch unmittelbare die Produktion fördernde Maßnahmen an.

In eingehenden Ausführungen gab der Genosse Dr. Lomborg eine Schilderung der modernen Landwirtschaft auf betriebswirtschaftlicher Grundlage. Er brachte eine Reihe von Beispielen aus seiner Praxis, die erläuterten, welche Möglichkeiten noch für die Landwirtschaft bestehen, ihren Betrieb betriebswirtschaftlich-kalkulatorisch zu durchdringen. Mit dem ökonomischen Grundsatz: „Versuche jede Produktionseinheit mit dem möglichst geringsten Aufwand an Kapital und Arbeit herzustellen“, muß endlich einmal in der Landwirtschaft Ernst gemacht werden. Nach seiner Meinung gibt es unter den vier Millionen Betriebsleitern vielleicht einige hundert solcher führender Köpfe, die sowohl betriebswirtschaftliche, kaufmännische und organisatorische Kenntnisse in ihrer Person vereinigen. Der Rechenstift muß das Hauptwirtschaftsinstrument des Landwirtes werden, und er muß überhaupt in seinen ganzen An-

schauungen mehr und mehr von der Landpolitik abrücken — die in der Regel nur eine Politik der Rückständigkeit und der versäumten Gelegenheiten war — und muß zu einer vernünftigen modernen Wirtschaftsauffassung kommen. Weil ein Mangel an Kapital besteht, darf man auch für den Bodenpreis nur soviel bezahlen, daß er sich nach Abzug aller Grundsteuern und Lasten kapitalmäßig mit mindestens 7 v. H. verzinst. Die Bodenpreise sind weit über die wirtschaftlich gerechtfertigte Höhe emporgewachsen, was verschiedene Ursachen hat:

1. Die Innenkolonisation — vom Staate künstlich gesteigerte Nachfrage nach Boden —
2. Der Landhunger der Bauern und der Selbstständigkeitsdrang der Bauernsöhne.
3. Die hohe soziale Geltung, die speziell vor dem Kriege mit dem Erwerb eines Rittergutes verbunden war.
4. Aus Gründen der Erbfindung wird das Gut oft überbezahlt, wenn es viele Generationen in der Familie war.

Zweifellos ist dieser Wert des Bodens heute in Wirklichkeit nicht mehr vorhanden; er steht nur in der landwirtschaftlichen Betriebskalkulation zu Buche. Ein Grund dafür, daß rein buchmäßig heute vielerorts in den Betrieben Verluste errechnet werden. Der Bodenwert hat sich durch unsere ganze Vorkriegsagrarpolitik in den zwanzig Jahren bis 1914 durchschnittlich im Wert verdoppelt bis verdreifacht. Deswegen ist es ein Unding, wenn der Landwirt diese in Wirklichkeit gar nicht bestehenden Bodenwerte von vor dem Kriege seinen Reinertragsberechnungen zugrunde legt, wenn er den Bodenwert eines Gutes, der damals 500 000 Mk. betrug und heute vielleicht auf die Hälfte abgesunken ist, in der damaligen Höhe weiterbestehen läßt und auch für diesen Wert eine ausreichende Verzinsung haben will. In diesem Mißverhältnis zwischen Reinertrag und Bodenwert ist der letzte Grund für die errechnete geringe Rentabilität der deutschen Landwirtschaft zu suchen.

Da die Agrarpolitik mit Maßnahmen arbeitet, die erst nach einem Zeitraum von mehreren Jahrzehnten sich auswirken, ist es sehr wichtig, daß man in der Agrarpolitik keine Irrwege geht, deren katastrophale Folgen erst viel später zur Geltung kommen. Wenn auch Aereoboe der praktischen Agrarpolitik viel neue Impulse gegeben hat, auch neue wertvolle Wege wies, so hat andererseits eine Reihe von A.'s Vorschlägen in der Öffentlichkeit und auch in der Wissenschaft zahlreiche Entgegnungen gefunden, die die praktische Durchführbarkeit bezweifeln und gleichzeitig auf die große Gefahr dieser Idee hinweisen. Der weitsichtige Agrarpolitiker muß vor allen Dingen dafür Sorge tragen, daß die zu erstrebende Wirtschaftsstruktur der zukünftigen Zeit entspricht. Andernfalls würde man rückschrittliche Ziele verfolgen und damit gewaltige Energien nutzlos vergeuden.

In diesem Zusammenhang ging der Redner auf die Siedlung von kleinbäuerlichen Existenzen ein und brachte die volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Seite dieses Problems zur Erörterung. Die Fragestellung war hier nach der optimalen Betriebsmöglichkeit hinsichtlich der Verwendung von Kapital und Arbeitskraft auch unter dem Gesichtspunkte der weltwirtschaftlichen Eingliederung der deutschen Volkswirtschaft.

In der Diskussion erinnerte Eggert daran, daß die Ursache für die ungünstige Lage eines Teiles der deutschen Landwirtschaft darin zu suchen sei, daß eine Differenz zuungunsten der Landwirtschaft zwischen ihren Einnahmen, d. h. den Preisen für landwirtschaftliche Produktionsmittel, bestehe. Der geringe Erlös des landwirtschaftlichen Produzenten für seine Erzeugnisse habe jedoch seinen Grund in der übersetzten kostspieligen, mit überhöhten Zwischengewinnen belasteten Organisation des Absatzes. Ferner mangelte es an ausreichender Ergiebigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung, welchem Mangel nur durch rationelle Gestaltung der Produktionsmethoden abgeholfen werden kann.

Georg Schmidt forderte, daß auch die Gewerkschaften, namentlich auch ihre Presse, dem Ansturm der „Grünen Front“ größere Aufmerksamkeit zuwenden. Und zwar durch Zurückweisung übertriebener Behauptungen über die Not der Landwirtschaft, aber auch durch ernsthafte Prüfung berechtigter Klagen. Zahlen über Sparkassenbestände in landwirtschaftlichen Gebieten sowie über Einlagen bei landwirtschaftlichen Genossenschaften beweisen, daß die Notlage der Landwirtschaft vielfach übertrieben dargestellt wird. Auch die Angaben über die Verschuldung der Landwirtschaft dürfen nicht kritiklos hingenommen werden. Schmidt warnt dringend vor gewagten Siedlungsexperimenten und führt Beispiele für manchen Mißerfolg im Siedlungswesen an. Grund und Boden, der im Besitz der öffentlichen Hand sei, müsse dort verbleiben.

Graßmann schloß die Diskussion mit dem Bemerkten, die Erörterung habe gezeigt, daß die Gewerkschaften genötigt sind, sich mit den Problemen eingehend und dauernd zu beschäftigen.

RECHT UND GESETZ

Das Arbeitsrecht im Programm der Wirtschaftsdemokratie.

Das Programm der Wirtschaftsdemokratie ist der Versuch einer umfassenden Sinngebung für die vielen, von innerlichen Zwecken getragenen Handlungen der Arbeiterschaft für das, was von ihr in tausenden von Kämpfen erstrebt und errungen wurde. Diese Sinngebung ist nicht eitel Philosophie, Deutung und nachträgliche Rechtfertigung. Aus der vielfältigen und unendlich fleißigen Kleinarbeit auf den verschiedenen Gebieten sind neue, große Werke sozialer Organisation hervorgegangen, die weltgeschichtliche Bedeutung haben: die organisierte und disziplinierte Arbeiterschaft, die Konsum- und Produktionsgenossenschaften, die Sozialversicherung, das Arbeitsrecht. Die Sinngebung, die das Programm der Wirtschaftsdemokratie sucht, ist die Erkenntnis des Entwicklungsganges und des Sinnzusammenhanges, der in diesen Werken seinen Ausdruck findet. Aus den großen Zeichen, die die Zeit wirklich hinschreibt, wird das Warum und das Wohin der Entwicklung abgelesen, und vom Sinn des Ganzen empfangen die Tausende von Einzelhandlungen neue Begründung und die Tausende von Einzelkämpfern neuen Mut.

Unsere Aufgabe ist, das Teilgebiet des Arbeitsrechts in den Sinnzusammenhängen darzustellen, in die es in dem Programm der Wirtschaftsdemokratie gestellt ist. Im Programm der Wirtschaftsdemokratie hat das Arbeitsrecht nach drei Richtungen hin Bedeutung: Es ist Etappe in dem durch die Jahrhunderte gehenden Vorgang der rechtlichen Anerkennung und Adellung der Arbeit, es ist ein Mittel zur Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses, und es ist Vorbereitung einer Rechtsgrundlage für eine künftige Wirtschaft und Gesellschaft. Wir haben also eine kurze Darstellung dieser dreifachen Bedeutung zu geben.

Der Weg von der rechtlichen Mißachtung der Arbeit zu ihrer Hochachtung beginnt mit der völligen Rechtlosigkeit im Altertum. Im römischen Recht steht die Arbeiterschaft, der Sklave, im Eigentum seines Herrn. Er hat dieselbe Stellung, wie eine Sache, über die der Herr als Eigentümer verfügt. Ähnlich, wenn auch gemildert, ist es in den Zeiten der Hörigkeit und der Leibeigenschaft. Die rechtliche Stellung des Arbeiters liegt hier zwischen der einer Sache und der eines Hof- oder Familienunterworfenen. Der Bauer war unfrei, und wenn sich auch seine ökonomische Lage, namentlich im frühen Mittelalter, günstig gestaltete, so reichte doch seine Macht nur in seltenen Fällen aus, um sich die Freiheit zu eringen. Erst das Zeitalter des Kapitalismus brachte die rechtliche Freiheit des Arbeiters. Der Arbeiter wurde ein freier und vor dem Recht gleicher Bürger, der über seine Arbeitskraft selbst verfügen konnte. Während er früher durch seine Geburt abhängig wurde, wurde er nun durch den Vertrag, den er mit dem Arbeitgeber schließen mußte. An die Stelle des sachenrechtlichen Verhältnisses des Altertums und des Lehns- oder hofrechtlichen Verhältnisses des Mittelalters war das modernere schuldrechtliche Verhältnis getreten. Das bürgerliche Recht, das auch noch unsere Zeit beherrscht, ist Vermögensrecht. Je mehr Menschen vermögenslos werden, um so mehr werden aus Nutznießern dieses Rechts Unterworfenen. Es entsteht die große Spannung zwischen der juristischen Gleichheit und der sozialen Ungleichheit, zwischen der juristischen Freiheit und der ökonomischen Unfreiheit, eine Spannung, unter der das politische Leben unserer Zeit zittert. Das Arbeitsrecht will über diesen Zustand des Widerspruchs hinaus. Es will die Wirtschaft aus einer Sphäre der Willkür und der unbeschränkten Herrschaft der ökonomisch Mächtigen zu einer Sphäre des Rechts machen, es will das Verhältnis von Betriebsherrschern zu Betriebsunterworfenen mit Rechtsnormen durchziehen, die die Macht des Verfügenden eindämmen und die Macht des zu Gehorsam Verpflichteten erweitern, es will an die Stelle des einzelnen der Gesamtheit der Arbeiter, an die Stelle des Individualvertrags den Kollektivvertrag setzen. Damit durchbricht es die schuldrechtliche Regelung des Arbeitsverhältnisses und bahnt eine arbeitsrechtliche Regelung an. Mit dem Arbeitsrecht tritt die Arbeit über die Schwelle ihrer Hochachtung. Sie wird zur Grundlage von Existenzrechten, umso mehr, je mehr die Gesellschaft aus einer Gesellschaft von Vermögenden zu einer Gesellschaft von

Arbeitenden wird. Dieses Letzte jedoch ist nicht Sache des Rechts, sondern Sache des sozialen Kampfes.

Unter Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses kann zweierlei verstanden werden. Mit „Arbeitsverhältnis“ kann sowohl die Stellung der Arbeit in der Gesellschaft gemeint sein, wie auch die Stellung des einzelnen Arbeiters im Betrieb. Auf beiden Gebieten bedeutet Demokratie die Ausschaltung von fremden, der Gemeinschaft der Schaffenden gegenüberstehenden Willen. An der Willensbildung sowohl der Gesamtwirtschaft, wie auch des Betriebs, sollen die beteiligt sein, deren Schicksal dieser Wille gestaltet. An die Stelle der fremden Ordnung soll die selbstgesetzte treten. In der Gesamtwirtschaft allerdings anders, als im Betrieb.

In der Gesamtwirtschaft bedeutet das Arbeitsrecht die Anerkennung der Verbände der Arbeiter und Angestellten und ihre Berufung zur Mitwirkung bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Ansprüche der Gewerkschaften

der Gedanken, die das Programm der Wirtschaftsdemokratie über die künftige Wirtschaft ausspricht, herangezogen werden. Das Schlagwort von der „Expropriation der Expropriateure“ hat bei einem großen Teil der Arbeiterschaft den zauberischen Glanz verloren, den es vor dem Kriege hatte. Der Glaube, daß es die Eingangsformel für ein Wunderland sei, ist geschwunden. Gewiß, die Abschaffung des Privateigentums ist noch immer Zentralpunkt jedes sozialistischen Programms, aber sie wird nicht mehr als ein einmaliger und plötzlicher Akt der Vernichtung gesehen; sondern als allmähliche Entwicklung und als die Kehrseite einer großen Aufbauaufgabe. Große Gebiete der Wirtschaft stehen schon heute nicht mehr unter der Herrschaft des Privateigentums, sondern sind beherrscht von Organen, die die Gesellschaft als Wirtschaftsträger herausgebildet hat: staatliche und kommunale Gesellschaften, Unternehmungen der Gewerkschaften und der Genossenschaften. Wir wissen noch wenig über eine Wirtschaft der Zukunft, wir wissen insbesondere nicht welche Formen einer gesellschaftlichen Wirtschaft sich neben den genannten entwickeln werden, aber durch die Erfahrungen mit den genannten Wirtschaftsträgern wissen wir, daß die industrielle Produktion in Großbetrieben, mit Maschinen und mit großem Aufwand von Organisation vor sich gehen wird. Da taucht unter anderem auch das Problem der Verhütung eines Mißbrauchs von Macht auf. Da in Großbetrieben nicht lauter gleich große Arbeits- und Verantwortungskreise sind, da man um die Trennung der Arbeit in dispositive und ausführende nicht herumkommt, wird die Gesellschaft dem einen mehr, dem anderen weniger Verantwortung und Verfügungsmacht im Betrieb geben müssen. Ältere Sozialisten suchten das Problem des Mißbrauchs von Macht, das hier entsteht, wie auch andere Probleme mit dem Hinweis auf die neue Ethik zu lösen, die den künftigen Menschen beherrschen wird. Die neue Ethik wird nicht zu entbehren sein, aber sie ist erst ein relativ spätes Produkt einer neuen Gesellschaft. Solange sie nicht wirkt, wird man zur Lösung des Problems nach anderen Mitteln sinnen müssen. Hier bietet sich der Weg, dessen Ansätze wir im heutigen Arbeitsrecht sehen. Man wird die Befugnisse und Verpflichtungen derer, die aus organisatorischen Notwendigkeiten größere faktische Macht in der Hand haben, durch Rechtsnormen genau bestimmen und dem zum Gehorsam Verpflichteten eine Rechtsmacht in die Hand geben müssen, mit der er eine Überschreitung der Befugnisse und einen Mißbrauch der Macht abwehren kann. Das Mehr an faktischer Macht, das in die Hände des einen gelegt werden muß, soll aufgewogen werden durch das Mehr an Rechtsmacht in den Händen des anderen. — Wir sehen, daß hinter dem negativen Akt der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln schwerwiegende Fragen liegen, die positiv gelöst sein wollen. Wir sehen aber auch, wie im heutigen Arbeitsrecht Instrumente einer „Gesellschaftstechnik“ ausgebildet werden, die uns bei der Lösung dieser Fragen helfen können. Wir sehen, wie „im Schoße der alten Gesellschaft“ Formen entstehen, die ihre eigentliche Bestimmung erst verwirklichen können, wenn die Fesseln, die die alte Gesellschaft ihnen auferlegt, gefallen sind. Die heutige, noch unvollkommene Ausbildung des Arbeitsrechts ist Vorbereitung auf die Rolle, die es beim Aufbau einer neuen Gesellschaft spielen wird.

Wir haben mit grober Feder drei große Problemkreise umrissen. In jedem zeigte sich die Bedeutung des Arbeitsrechts in anderem Licht. Von wo wir aber sehen, von der Vergangenheit, der Gegenwart oder einer vorgestellten Zukunft, fügt es sich in einen großen Sinnzusammenhang. Die Programmlinien der Wirtschaftsdemokratie, das sollte hier an einem Beispiel gezeigt werden, stimmen Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung wieder auf Gleichklang. Sie geben hunderttausenden von treuen Kämpfern das gute Gewissen wieder und zeigen, daß die als Stützarbeit am Kapitalismus verleumdete stetige Verbesserungstätigkeit für das Heute auch Arbeit für ein „größeres Morgen“ des Sozialismus ist. Sie zeigen, daß die Sorgen, die das Denken dieser Funktionäre der Arbeiterschaft ausfüllen, Problemen gilt, deren Lösung Vorarbeit für eine kommende Gesellschaft ist.

Zum Volksentscheid am 22. Dezember



Arbeiter: Beim Volksbegehren habt ihr Hugenberge kaum 10 Proz. der Stimmen aufgebracht. Wir bleiben auch am 22. Dezember zu Hause!

können bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht stehen bleiben. Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind untrennbar mit den Wirtschaftsverhältnissen überhaupt verbunden. Der Wille der Arbeiter, repräsentiert durch die Gewerkschaften, verlangt Gehör und Mitwirkung bei jederlei Wirtschaftsentscheidung. Der Vorgang ist unerhört. Aus dem Objekt der Wirtschaft, das sie vor etwa 100 Jahren noch war, aus der oft geschlagenen, dem Raubbau preisgegebenen bewirtschafteten Arbeitskraft hat sich die Arbeiterschaft hochgerungen zum mitbestimmenden Faktor in der Wirtschaft.

Im Betrieb bedeutet die Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses die Mitwirkung der Arbeiter bei der Bestimmung der sozialen Verfassung des Betriebs. Es ist für unsere Betrachtung nötig, bei den durch die kapitalistische Wirtschaft heraufgeführten Betriebsformen, die durch die Herrschaftsgewalt des Privateigentums entstandene soziale Ordnung des Betriebs von der durch die technische Entwicklung zum Großbetrieb bedingten technischen Ordnung des Betriebes zu trennen. Der Angriff der Arbeiter richtet sich nicht gegen die technische Ordnung des Betriebs. Daß ein Großbetrieb nicht ohne Organisation sein kann, verstehen sie sehr gut; er richtet sich gegen die besondere soziale Ordnung, gegen die Autokratie des Unternehmers, gegen den „Herr-im-Hause-Standpunkt“ des Besitzers. Auch in diesem Kampf gibt das Arbeitsrecht der Arbeiterschaft die rechtliche Sicherung der errungenen Position.

Um die Bedeutung des Arbeitsrechts für eine künftige Wirtschaft zu ermessen, müssen ein paar

Arbeiter: Beim Volksbegehren habt ihr Hugenberge kaum 10 Proz. der Stimmen aufgebracht. Wir bleiben auch am 22. Dezember zu Hause!

Kurt Schärer.

DIE GENOSSENSCHAFT

Selbsthilfe — Nächstenhilfe.

Die Konsumgenossenschaftsbewegung ist die Verwirklichung des Gedankens der allgemeinen Zusammengehörigkeit und gegenseitigen Hilfe. Ihre Grundeinstellung ist altruistisch (Uneigennützigkeit), denn der Zug des selbstsüchtigen Ich unterliegt dem Zug der Gemeinschaft für das Wohl der Gesamtheit. Die Genossenschaft unterscheidet nicht zwischen Berufs-, Standes- und Klassenzugehörigkeit, nicht zwischen konfessionellen und politischen Überzeugungen. Solchen äußeren und inneren Sonderheiten gegenüber ist und bleibt die echte Konsumgenossenschaft neutral; sie eint alle ohne Rücksicht hierauf zu gemeinsamer Arbeit, zur Arbeit miteinander und füreinander. An dem Konsumgenossenschaftlichen Schaffen können und sollen alle teilnehmen, denen der sittliche Grundsatz der Solidarität der Gemeinschaftsarbeit mit dem Zweck des Wohles der Mitmenschen heilig ist, und alle Beteiligten sollen teilhaben an dem Erfolge, an dem Nutzen genossenschaftlicher Arbeit. Die Konsumgenossenschaft ist die Grundlage, der Nährboden für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit. Sie ist ein Erziehungsfaktor in der Umstellung der selbstsüchtigen Gesinnung der Menschen zum uneigennütigen Denken und Fühlen. Sie ist eine Übungsstätte der Achtung der Menschen zueinander und der gegenseitigen Hilfe in der Sicherung und Festigung des wirtschaftlichen Daseins eines jeden.

Die Erzielung des wirtschaftlichen Ertrags durch den Gemeinschaftsbetrieb der Konsumgenossenschaft erscheint zwar nur materialistisch. Oberflächlich gesehen, mag die falsche Auffassung aufkommen, die Konsumgenossenschaft sei lediglich eine Vereinnahmung für Vergütung. Die Erzielung wirtschaftlichen Nutzens ist jedoch nichts anderes als Erhöhung der Lebenshaltung, Festigung und Sicherung der wirtschaftlichen Existenz. Die Abgabe unverfälschter, guter, vollwertiger Bedarfsgüter zu angemessenen Preisen ist eine zugleich gute sittliche Handlung am Mitmenschen.

Mitbesitz an der Wirtschaft.

Es ist die unleugbare Tatsache vorhanden, daß dem Privatbesitz an Kapital, Fabriken, Einrichtungen, Wohnhäusern, Handelsniederlassungen usw. in steigendem Maße der Gemeinbesitz gegenübertritt. Daß der Staat als größter Besitzer der Verkehrsmittel und sonstiger gewerblicher Anlagen, den Mitbesitz aller Staatsbürger demonstriert, erscheint dabei wie eine Selbstverständlichkeit; ebenso, daß die Gemeinden und auch Amtskörperschaften sich in Besitz von Verkehrsmitteln, gewerblichen und hygienischen Anlagen befinden, soweit das Allgemeininteresse es rechtfertigt. Auch hier Mitbesitz aller Gemeindebürger und Einwohner, ohne daß man sich eigentlich eine besondere Vorstellung davon macht, daß dieser Mitbesitz an der Wirtschaft des Staates und der Gemeinden einfach Gemeinwirtschaft ist. Ein Stück der Gemeinwirtschaft, die man an sich ja nicht als neue Wirtschaftsform ansprechen kann, weil sie in der Entwicklungsgeschichte der Völker und ihrer Wirtschaft immer und überall schon vorhanden war. Und wenn es sich nur um Wald- und Bodenbesitz, Jagd- und Fischereirechte gehandelt hätte.

Dieser Mitbesitz an der Wirtschaft verschwindet aber hinter der bürokratischen Verwaltung, die nur eine Kontrolle durch die parlamentarische Körperschaft kennt. Aber effektiv ist der Mitbesitz durch die Staats- und Gemeindebürger vorhanden. Und er beweist seine Notwendigkeit und Nützlichkeit im Allgemeininteresse, sonst würde er nicht in immer heftigerer Weise vom großen Privatkapital bekämpft, das im Mitbesitz der Allgemeinheit nun eben einmal eine Schmälerung seiner Profitquellen sieht.

Neben der bürokratischen Gemeinwirtschaft des Staates und der Gemeinden, welche schon längst Milliardenwerte im volkswirtschaftlichen Verkehr umtreibt und deshalb als starker volkswirtschaftlicher Faktor zu bewerten ist, hat sich der genossenschaftliche Mitbesitz in der Wirtschaft stark entwickelt. Vor allem bei den Konsumgenossenschaften. Und dieser Mitbesitz genießt den moralischen Vorzug, daß er der selbständigen Initiative der teilhabenden Bevölkerung zu verdanken ist. Nicht bürokratisch aufgezogen, sondern der Mitarbeit, Kontrolle und Verantwortung aller Mitbesitzenden unterstellt. Selbstverwaltung und Selbstverantwortung sind die moralischen Träger der genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft. Und deren Entwicklung zeigt, daß der genossenschaftliche Mitbesitz in der Wirtschaft ein gesunder, weil auch sittlicher Faktor ist.

Haben doch die deutschen Konsumgenossenschaften im Verlaufe eines Menschenalters eine Warenversorgung aufgebaut, die heute bei rund 4 Millionen Mitgliederfamilien rund 16 Millionen Personen, also 25 Proz. der deutschen Gesamt-

bevölkerung, erfaßt. Dazu Hunderte von Genossenschaftsfabriken, Handelsniederlassungen usw. errichtet, von welchen Betrieben jede Maschine, jede Liegenschaft, jede Einrichtung, jeder Nagel im gleichmäßigen Mitbesitz jeder einzelnen Mitgliederfamilie sich befindet. Und nicht nur nach Millionen, sondern nach Milliarden RM. beziffert sich der Waren-, Produktions- und Geldverkehr dieser sozusagen aus dem Nichts entstandenen Wirtschaft. Einer Wirtschaft, die allen Mitbesitzern gleichmäßig dient und bei kleinstem Kapital des einzelnen jedem die gleichen wirtschaftlichen Vorteile bietet — bei gleichzeitiger Anteilnahme am Geschäft.

Der Mitbesitz an und in der Wirtschaft ist darum kein Schlagwort. Er ist lebenswahre und lebenskräftige Wirklichkeit. Dazu von größter, sittlicher Bedeutung, weil er das Volk in wirtschaftliche Erziehung nimmt. Die Realität dieses Mitbesitzes, dem die größten und glänzendsten Perspektiven offenstehen, kann sich jede Familie als Mitglied einer Konsumgenossenschaft sichern. Mit geringen Mitteln und großen wirtschaftlichen Vorteilen. So entwickelt sich — Mitbesitz an der Wirtschaft.

Genossenschaftliche Rationalisierung.

Die Rationalisierung hat allmählich in den Kreisen der Angestellten und Arbeiter einen üblen Beigeschmack bekommen. Auch bei den Staatsbeamten. Denn leider wirkte und wirkt sie sich in allererster Linie durch Arbeitslosigkeit bei den von der Rationalisierung erfaßten Schichten aus, weil alle sozialen Erwägungen auf die breiten Massen der Beamten, Angestellten und Arbeiter dem Grundsatz der rentablen Betriebsführung zum Opfer fallen. Die rationelle Betriebsführung setzt aber nicht unter allen Umständen die Verringerung der Zahl der Beschäftigten voraus. Und die Betriebstechnik soll zwar eine Steigerung der Produktion herbeiführen, aber nicht eine Verminderung der Zahl der Arbeitskräfte. Der Mensch soll nicht das Opfer der Maschine werden.

Auch auf diesem Gebiete läßt die Entwicklung der Konsumgenossenschaften erkennen, daß sie, ohne „amerikanisch“ zu sein, den Erfordernissen einer gesunden Volkswirtschaft entsprechen unter Beobachtung aller sozialen Rücksichten auf die lebendigen motorischen Kräfte der Menschen, die unentbehrlich im Wirtschaftsprozeß sind. Wobei die soziale Rücksichtnahme sich letzten Endes als ein notwendiger Teil einer gesunden Volkswirtschaft erweist.

An der wieder in Rekordziffern demonstrierenden Arbeitslosigkeit sind die Konsumgenossenschaften unbeteiligt. Steigenden Umsatzziffern in der Warenverteilung und Gütererstellung entsprechen steigende Ziffern der Verteilungsstellen und des beschäftigten Personals. Die Rationalisierung beschränkt sich auf die Betriebskonzentration. Insofern die Zahl der Konsumgenossenschaften ständig abnimmt, z. T. auch die Mitgliederzahlen, während der Warenumsatz und mit ihm die Zahl der Beschäftigten steigt.

So betrug die Zahl der Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1914 1109, im Jahre 1928 nur noch 1051. In den gleichen Jahren aber zählte man 1 717 519 bzw. 2 803 232 Mitgliederfamilien. Und der Warenumsatz wuchs von 486 419 000 RM. auf 1 045 962 000 RM., die Zahl der Verteilungsstellen von 5167 auf 9605 und die Zahl der beschäftigten Personen von 36 234 auf 49 724, wovon auf die in den Verteilungsstellen Beschäftigten 21 708 bzw. 41 367 entfielen, auf die bei der Gütererstellung Beschäftigten 4526 bzw. 8357.

Die gegenseitigen Vergleiche im Verhältnis von Umsatz, Verteilungsstellen und beschäftigten Personen lassen zunächst den Schluß zu, daß die Zahl der Beschäftigten nicht im Verhältnis zum Umsatz zugenommen hat, auch nicht die Zahl der Verteilungsstellen. Dies ist aber nur scheinbar richtig, wie man sofort bei einem Vergleich des Umschlagnfaktors in den Verteilungsstellen unter Hinzunahme der Steigerung der Warenpreise sehen wird. Denn es betrug der durchschnittliche Warenumsatz einer Verteilungsstelle im Jahre 1914 95 227 RM. und im Jahre 1928 108 898 RM., also ein Mehr von 13 671 RM. Das Mehr müßte aber bei einer durchschnittlichen Steigerung der Warenpreise um 50 Proz. aus 95 227 RM. im Jahre 1914 nicht weniger als 47 613 RM. und somit die Endsumme für 1928 mindestens 142 840 RM. im Durchschnitt der Verteilungsstelle betragen, statt 108 898 RM.

Woraus sich also ergibt, daß das Verteilungsstellenpersonal der Konsumgenossenschaften im Jahre 1928 verhältnismäßig größer ist, als der durchschnittliche Warenumsatz gegenüber dem Jahre 1914. Dieses Exempel zeigt, daß die Konsumgenossenschaftliche Wirtschaftsführung zwar

auf Konzentration bedacht ist — weniger Genossenschaften, aber mehr Mitglieder und mehr Umsatz —, aber aus sozialwirtschaftlichen Erwägungen die einmal vorhandenen Arbeitskräfte auf ihren Plätzen hält. Es steht im gewissen Widerspruch mit dem Begriff der Rationalisierung. Aber wenn die Erwartung berechtigt ist, daß die Warenumsätze sich dauernd aufwärts bewegen, dann kommt der Ausgleich einmal früher oder später automatisch zustande. Nicht zu bestreiten ist natürlich, daß die wirtschaftlichen Leistungen der Konsumgenossenschaften in der Vorkriegszeit größere waren, als sie heute sind. Aber das Profitstreben ist nur ein notwendiges Element der Privatwirtschaft, die genossenschaftliche Wirtschaftsform hat neben den materiell volkswirtschaftlichen Aufgaben auch soziale und ideale zu erfüllen. Danach richtet sich die genossenschaftliche Rationalisierung.

Konsumgenossenschaftliche Entwicklungstendenzen in England.

In der internationalen Genossenschaftsbewegung der Verbraucher nimmt, wie allgemein bekannt, die englische mit ihren rund 6 Millionen Mitgliederfamilien und 6 Milliarden Jahresumsatz bei 1 Milliarde Mark Eigenproduktion auf beinahe allen Gebieten des Wirtschaftslebens eine absolut dominierende Stellung ein. Weniger bekannt sind die Ausbreitungsgebiete einzelner englischer Konsumvereine und deren Konzentrationsbestrebungen. Insbesondere in der Weltstadt London, wo im Jahre 1928 noch 15 selbständige Konsumgenossenschaften vorhanden waren gegen 38 im Jahre 1908. Diese Entwicklungstendenzen zur Konzentration, welche bei allen größeren Konsumgenossenschaften vorhanden sind, beanspruchen bei dem riesigen Londoner Ausdehnungsgebiet ein besonderes Interesse. Sie scheinen ihren Anstoß während der Nachkriegszeit bekommen zu haben, als die Regierung die staatliche Lebensmittelrationierung bei den Konsumgenossenschaften auch in der Richtung einer Beschränkung der Verteilungsstellen ausdehnte. Es war infolgedessen eine wirtschaftlich unerträgliche Sachlage entstanden, die im Jahre 1920 zu einer Protestversammlung von 200 000 Menschen im Hyde-Park führte, wo der Londoner in der Regel den Massenwillen demonstriert. Und der Erfolg war, daß die fraglichen Bestimmungen kurze Zeit darauf außer Kraft gesetzt wurden. Die weitere Folge, daß sich größere Konsumgenossenschaften zur „Londoner Cooperative Society“ zusammenschlossen.

Was nun auf dem Londoner genossenschaftlichen Wirtschaftsgebiet geleistet wird und welche Konzentrationsmöglichkeiten allein der Londoner Verbraucherbewegung geboten sind, zeigen die nachfolgenden Entwicklungszahlen. Wie schon bemerkt, sank die Zahl der Konsumgenossenschaften von 38 im Jahre 1908 auf 15 im Jahre 1928. Dagegen stieg die Zahl der Mitgliederfamilien von 89 653 auf rund 650 000 mit rund 2 Millionen Familienangehörigen, was ungefähr der Hälfte der Großberliner Gesamtbevölkerung gleichkommt. Das Genossenschaftskapital (Anteile) der Mitglieder stieg von rund 14 600 000 RM. auf rund 135 Millionen RM. Es übersteigt um 81 Millionen RM. das nur 54 Millionen RM. betragende Geschäftskapital der 1051 Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die rund 3 Millionen Mitglieder zählen (gegen 650 000 in London). Eine erstaunliche Tatsache, die erkennen läßt, was in Deutschland noch nachzuholen ist um die Leistungen auch nur der Londoner Konsumvereine zu erreichen. Ist doch der Jahresumsatz der Londoner Konsumvereine von rund 34 Millionen RM. im Jahre 1908 auf rund 350 Millionen RM. im Jahre 1928 gestiegen und die Überschüsse von 2,9 Millionen RM. auf 29 Millionen RM.

Daß eine solche gigantische Entwicklung mit solchen Wirtschaftszahlen von bedeutendem Einfluß auf die allgemeine Preisbildung der Waren und die sonstigen wirtschaftlichen Verhältnisse eines großstädtischen Gemeinwesens sind, braucht nicht erst nachgewiesen zu werden. Aber sehr im Gegensatz zu Deutschland hört man nichts vom Geschrei des Mittelstandes gegen die „Gefahren“ der Konsumvereinsbewegung. Und vor allem kennt die englische Konsumvereinsbewegung die manchmal geradezu ungeheuerliche Steuerbedrückung nicht, denen die deutschen Konsumvereine aus fiskalischen und wirtschaftspolitischen Gründen ausgesetzt sind. Weil es keine englische Regierung, am wenigstens die derzeitige Arbeiterregierung Macdonalds wagen würde, sich in einem Gegensatz zu der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung zu stellen, deren Mitgliederzahl und wirtschaftliche Bedeutung sich in politischer Kraft und Macht bei den Wahlen auswirken. Woraus sehr viel zu lernen ist.

VERBAND UND BERUF

Das deutsche Druckgewerbe.

Seit dem Jahre 1924, wo geordnete Währungsverhältnisse eintreten und die Wirtschaft allmählich wieder Festigkeit gewann, hat das deutsche Druckgewerbe einen beachtlichen, fast über Erwartung günstigen Aufschwung genommen. Die Betriebszahl wie auch die Zahl der in den Druckereien beschäftigten Personen hat sich beträchtlich vermehrt, auch der Maschinenpark und die Wertschöpfung ist bedeutend gestiegen. Nach dem Geschäftsbericht der Berufsgenossenschaft nahm Betriebs- und Personenzunahme seit 1925 folgenden Verlauf:

	Betriebe	Personen
1925	8687	203 796
1926	8935	209 702
1927	9385	226 845

Mithin hat sich die Zahl der Betriebe von 1925 bis 1927 um 698 und die Zahl der Personen um 23 000 vermehrt. Wenn auch hierbei berücksichtigt werden muß, daß wir im Jahre 1927 eine günstige Konjunktur hatten, wo auch das Druckgewerbe stärker zu tun hatte, so läßt sich die Aufstiegsstendenz aber doch nicht verkennen. Für das Jahr 1928 liegen die abschließenden Ergebnisse noch nicht vor, es ist aber auch in diesem Jahre mit einem weiteren Aufstieg zu rechnen. Bemerkenswert an dem Ergebnis ist, daß die Zunahme sich auf alle Betriebsgrößen erstreckt, so daß von der immer wieder behaupteten Aufsaugung der kleinen und mittleren Betriebe durch die Großbetriebe nicht die Rede sein kann. Die Betriebe mit einer Beschäftigtenzahl bis zu zwei Personen vermehrten sich von 2039 im Jahre 1925 auf 2069 im Jahre 1927, mithin um 30 Betriebe. Die Betriebszahl mit 3 bis 5 Personen nahm zu von 1845 auf 2074, also um 229, und die mit 6 bis 10 Beschäftigten von 1603 auf 1796, mithin um 193. Von der Gesamtzahl der erfaßten Betriebe sind 5939 Handwerksbetriebe bis zu 10 Beschäftigten. Die weitere Betriebsentwicklung veranschaulicht folgende Tabelle:

	1925	1927	Zunahme
11 bis 25 Beschäftigte	1646	1787	141
26 bis 50 Beschäftigte	740	786	46
51 bis 100 Beschäftigte	457	473	16
101 bis 200 Beschäftigte	210	223	13
201 bis 300 Beschäftigte	63	80	17
über 300 Beschäftigte	84	97	13

An der Beschäftigungszunahme haben ihrer Stellung gemäß die Großbetriebe den stärksten Anteil. In den Betrieben bis 50 Beschäftigten nahm die Personenzahl von 1925 bis 1927 um rund 6500 zu, in den Betrieben von 51 bis 300 Beschäftigten um 7000 und in den Betrieben mit mehr als 300 Beschäftigten um rund 8000. Beschäftigt waren 1927 in den Betrieben mit über 300 Personen 61 160, in der Größenklasse 201 bis 300 Personen 19 730 und in den Betrieben bis 50 Personen rund 80 000 Beschäftigte. Vermerkt sei auch, daß die Zahl der Rotationsdrucker seit Kriegsende sich verdoppelt hat, daß auch die Maschinensetzer stark zugenommen haben, und daß rund 50 Proz. aller im Druckgewerbe beschäftigten Personen Frauen sind.

Über die Anzahl der in den Druckereien vorhandenen Maschinen unterrichtet folgende Aufstellung:

	1924	1927
Buchdruckschnellpressen	20 184	22 900
Buchdruck (Rotation)	1 809	2 200
Tiegel	12 173	15 700
Setzmaschinen	6 810	8 840
Tiefdruck (Bogen)	124	112
Tiefdruck (Rotation)	34	70
Offset (Bogen)	319	555
Offset (Rotation)	136	88
Steindruckpressen	676	675

Die Gesamtzahl der Maschinen betrug 1927 rund 51 140 gegen 42 265 im Jahre 1925, mithin ist eine Steigerung von rund 9000 Stück eingetreten. Diese günstige technische Entwicklung hat zu einer beträchtlichen Steigerung der Produktion geführt, beträgt doch der Gesamtwert der Druckerzeugnisse etwa 1,2 Milliarden RM. Es zeigt sich daran, daß die Wertschöpfung außerordentlich hoch ist, sie geht über den Durchschnitt der industriellen Erzeugung wesentlich hinaus. Die Vorkriegserzeugung ist erheblich überschritten, und zwar hauptsächlich infolge erhöhter Zeitungs- und Reklamedrucke.

Entwurfsarbeit des Lithographen.

Das Preisausschreiben der Mitgliedschaft Frankfurt a. M. zur Erlangung eines Briefkopfes hat im Novemberheft unserer „Graphischen Technik“ eine gute und gerechte Würdigung erfahren. Unzweifelhaft hat auch der mitbeteiligte Preisrichter, Herr U. Heckel, in „Klitschs Druckerei-Anzeiger“ zu diesem Preisausschreiben Stellung genommen. Sehr beachtenswerte Ausführungen macht Herr Heckel über die Entwurfsarbeit des Litho-

graphen. Er schreibt unter anderem darüber folgendes:

„Wir berühren damit überhaupt das Gebiet der Entwurfsarbeiten des Lithographen. Unverkennbar ist festzustellen, daß die eigentlichen Entwurfsarbeiten dem Lithographen immer mehr entgleiten und durch den Gebrauchsgraphiker erledigt werden. Gewiß ist diese Entwicklung durch das Zeitalter der Spezialisierung mit bedingt, aber auch der Lithograph selbst ist von einer Schuld-

zeugendes Arbeiten, während der Graphiker, als Freischaffender, den Blick für richtige Gestaltung behält. Auch das Preisausschreiben des Verbandes bestätigt diese Beobachtung. Damit wollen wir aber nicht dem Graphiker das Wort reden, sondern nur auf die Schwierigkeiten hinweisen, denen der Lithograph bei der schöpferischen Arbeit eines Entwurfes begegnet. Die Feststellung dieser Tatsache soll aber auch gleichzeitig Ansporn für den Lithographen sein, nicht der Einseitigkeit seines Berufes zu unterliegen, sondern sich auf dem Gebiete der Entwurfsarbeit in seiner Freizeit weiterzubilden, sei es durch praktische Tätigkeit und Übung im Entwerfen oder durch genaue Beobachtung der Zeitströmungen auf dem Gebiete des Geschmackes und des Stiles, wie sie führende Fachschriften vermitteln.“

Der objektiv urteilende Kollege wird sich der Bedeutung dieser Worte nicht entziehen können. Der Kritiker hat den Finger in eine Wunde gelegt, die offenbar ist. Daraus muß die Konsequenz gezogen werden, wollen die Lithographen als freischaffende Menschen nicht ganz von der Bildfläche verschwinden. Und Gelegenheit zur Fortbildung ist vorhanden; sie muß nur ergriffen werden. Unsere fachtechnischen Fortbildungsbestrebungen bieten allen Kollegen, die guten Willens sind, genügend Raum. Aber diese Gelegenheiten müssen auch ergriffen werden!

Auf dich kommt es an!

Eine große Anzahl Verbandsbücher sind mit der letzten Dezemberwoche mit Verbandsmarken vollgeklebt und müssen deshalb gegen neue Verbandsbücher eingetauscht werden. *Dieser Bücheraustausch bringt eine gewaltige Last Verwaltungsarbeit mit sich.*

Kollege, hilf mit, diese Verwaltungsarbeit zu erleichtern

Du bist dazu in der Lage und auf dich kommt es an!

Du fragst, was kannst du zur Erleichterung dieser Verbandsarbeit tun? *Sehr viel, wenn du folgende Ratschläge beachtest:*

- **Zahle deine Beiträge pünktlich und restlos bis zum Jahresende;**
- **Prüfe, ob alle nötigen Eintragungen im Verbandsbuch eingezeichnet sind;**
- **Liefere das mit Verbandsmarken vollgeklebte Verbandsbuch sofort an deinen Vertrauensmann zum Umtausch gegen eine Interimskarte ab!**

So hilfst du deinem Mitgliedschaftsvorstand und dem Verbandsvorstand die Arbeitslast gewaltig zu erleichtern. *Diese Hilfe ist doch sicherlich dein Wille, denn du weißt:*

Was du dem Verbandsbuch tust, tust du dir selbst!

Denn auch du bist ein Stück des Verbandes!

Darum die Mahnung:

Hilf mit, den Austausch der angezeigten Verbandsbücher schnell zu vollziehen!

Auf dich kommt es an, Kollege!

nicht freizusprechen. Seine Tätigkeit beruht vornehmlich in der Reproduktion gegebener Vorlagen, die originalgetreu nachgeahmt werden sollen. Er hat auf jede Kleinigkeit des Originals zu achten, er kann nicht frei schaffen, sondern ist Diener der Vorlage. Diese Beschäftigung mit all den Kleinigkeiten der Vorlage, die Beschränkung seiner Arbeit auf das einmal Gegebene läßt leicht den Blick auf das Ganze verblenden. Das großzügige Schaffen, das Verarbeiten eigener Gedanken muß in den Hintergrund treten. Wer sich hier nicht mit aller Kraft dagegen stemmt und sich in seiner Weiterbildungsarbeit das Großzügige erhält oder erringt, wird leicht Sklave der nachbildenden Arbeit, wird leicht ein an Kleinigkeiten hängender Mensch, der sich bei seinen Entwurfsarbeiten von der Treitmühle der täglichen Arbeit nicht freimachen kann. Deshalb sehen wir bei den Entwurfsarbeiten der Lithographen so wenig persönliches über-

Drohnen!

In unserem Beruf macht sich mehr und mehr eine Kategorie Unternehmer breit; denen man ob ihrer bodenlosen Ausnutzung der Arbeiter und Arbeiterinnen den schärfsten Kampf ansagen muß. Meist handelt es sich um solche Unternehmer, die vor kurzer oder längerer Frist noch selbst Proletarier waren und in ihrem inneren Wesen und ihren Umgangsformen auch noch sind. Sie unterscheiden sich von ihren Arbeitnehmern nur dadurch, daß sie selbst diese brutal behandeln und ausnutzen, um auf deren Kosten ein angenehmes Leben zu führen.

Durch die große Zahl der Photohandlungen kamen eine Anzahl dieser heutigen Aussaager darauf, die von den Amateuren den Photohandlungen gegebenen Aufträge an Plattenentwicklung und Abzugmachen als Zwischenmeister zu übernehmen. Meist halten sich diese Auch-Photographen nur einen gelernten Photogehilfen, der die anderen, zumeist ungelerten weiblichen Arbeitskräfte anlernen muß, die bis ins kleinste geteilte Arbeit auszuführen. Die fertigzustellende Arbeit muß möglichst rasch geliefert werden, weil die Kundschaft sehr neugierig ist und der mit Motorrad ausgerüstete Lieferbote zum Abholen und Liefern dieser Aufträge ständig die einzelnen Photohandlungen abzufahren hat. Bei der Preisdrückerei, die stattfindet und damit die Photohändler ohne eigene Produktion viel Verdienst haben, ist die Entlohnung dieser Arbeitskräfte unter allem Luder. Die Antreiberei derselben wird ebenfalls ständig geübt. In manchen solcher photographischen Zwischenbetriebe werden eine größere Zahl Mädchen meist nur im Akkord beschäftigt. Da die technischen Einrichtungen vielfach sehr primitiv sind, müssen die Mädchen, wenn sie nur irgend etwas verdienen wollen, sehr stark hinterher sein. Von ordnungsgemäßer Arbeitszeit ist keine Rede, die Arbeitsräume sind beschränkt und primitiv. Alles nur darauf eingestellt, mit möglichst wenig Unkosten viel zu verdienen. Wenn die Gewerbeinspektion einmal in diese Räume und Arbeitsverhältnisse hineinschauen würde, sie würde ihr blaues Wunder erleben. Wo die von so vielen Amateuren erwartete individuelle Fertigstellung ihrer Aufnahmen bleibt, kann man sich selbst ausdenken. Wenn dann ein Gehilfe, der in einen solchen Betrieb genau hineingesehen hat, auf derselben Basis sich eine Existenz zu schaffen sucht, geht das Abjagen der Kunden und weiteres Drücken der Preise los. Wir kamen zur Betrachtung dieser Verhältnisse dadurch, daß uns ein Kollege, der in solchen Betrieb hineingeblickt hatte, einen Artikel zur Veröffentlichung übermittelte, in dem er den Kollegen diesen Weg zur Erringung einer Existenz schilderte. Wir hingegen müssen allen Kollegen abraten, einer derartigen ausbeuterischen Existenz zuzustreben. Abgesehen davon, daß nur ein ganz robuster Charakter sich durchsetzen wird, ist eine solche Existenz sehr ungewiß.

Die Photohandlungen, die ihrer Kundschaft individuell bearbeitete Erzeugnisse bieten und sich auf solche Zwischenmeister nicht verlassen wollen, werden von diesem System weit abdrücken. Ebenso die Amateure, die höhere Ansprüche an Platten und Abzüge stellen. Gegen solche Drohnen müßten alle guten Elemente der Amateure und Fachphotographen gemeinsam ankämpfen. Wir müssen zunächst die Arbeitskräfte, wenn irgend möglich, für unsere Organisation zu gewinnen suchen, eventuell der Hilfsarbeiterorganisation zuzuführen.

Vom Büchertisch.

Deutscher Buchdrucker-Kalender 1930. Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreifundstr. 5. Preis in Ganzleinen 1,85 RM., in Ganzleinen 2,85 RM.

Siebenundzwanzig Jahrgänge liegen von diesem Kalender jetzt vor, aber jugendlich und mit einer überquellenden Fülle neuem und wertvollem Material erscheint der neue Kalender. Er enthält sehr gut ausgestattete und ein Nachschlagbuch für den Buchdrucker.

Deutscher Landarbeiter-Kalender 1930. Verlag Deutscher Landarbeiter-Verband, Berlin SW 48, Enckestr. 6.

Auch für das Jahr 1930 hat der Deutsche Landarbeiter-Verband einen neuen, in Tiedruck hergestellten und mit viel Bildern gschmückten Kalender herausgebracht, der wegen seines reich inhaltlich sicherlich viel Freunde finden wird.

Die Ketzerbibel. Von Hugo Efferoth. Verlag „Der Freidenker“, Berlin SW 29, Gneisenaustr. 41. In Leinen 5,— RM.

Im neuen besseren Gewande erscheint jetzt wieder auf dem deutschen Büchermarkt Hugo Efferoths „Ketzerbibel“. Der durchschlagende Erfolg, den das Buch trotz aller Ungunst der Verhältnisse mit seinen früheren vier Auflagen zu verzeichnen hatte, hat Verlag und Verfasser ermutigt, durch Erweiterung und Vollständigung des Inhaltes, durch Berichtigung und Überholung von Mängeln, die den ersten Auflagen anhafteten, durch eine buchechnische Ausstattung, die dem Geschmacke unserer Tage entspricht, um neuen Absatz in fortschrittlich eingestellten Kreisen zu werben.

Es kann nicht die Absicht des Verlages und nicht die des Verfassers sein, jemanden, der sich noch nicht zu einer freien Weltanschauung durchgerungen hat, zur Lektüre dieses Buches zu veranlassen, um ihn „in seinen Gefühlen zu verletzen“. Wohl

aber darf gesagt werden, daß das Buch gerade jenen Arbeitern, die abseits der Kirche und ihrer Weltanschauung ihren Weg gehen und als freie Menschen auch ihr Leben beschließen wollen, wertvolle Anregungen und Wissensergänzungen geben wird. Tatsachen der Natur- und Gesellschaftsentwicklung, die leider immer wieder vergessen werden, ruft die „Ketzerbibel“ dem Leser ins Gedächtnis zurück.

Entsprechend der erheblichen textlichen Erweiterung und der vervollkommenen Ausstattung mußte der Preis des Buches auf 5 Mark festgesetzt werden. Es darf erwartet werden, daß sich das Buch im jetzigen Gewande zahlreiche neue Freunde in der großen Geisteseinsicht der Freidenker erwerben wird.

Die Frau in der Kirche von heute. Von Cläre Heyer-Lugau. Verlag „Der Freidenker“, Berlin SW 29, Gneisenaustr. 41. 47 Seiten Umfang. Preis —,40 RM.

Die Verfasserin wendet sich in dieser kleinen klaren Schrift an ihre proletarischen Schwestern. Sie kennt deren Nöte und Leiden, die aus Unwissenheit und sozialer Gebundenheit geboren sind. An Hand modernsten Materials wird aufgezeigt, wie die Kirche, eine staatliche konservative Einrichtung, dazu dient, den Aufstieg der proletarischen Klasse zu hindern. Die Kirche als Bekämpferin der Wissenschaft, als Erhalterin der Gebirgsdiktatur, Verlängerin der Ehenöte, der Scheidungshölle, kurz Bevormünderin der Frau in jeder Lage des Lebens. Aber auch über den ideologischen Ueberbau der Kirche, der Religion, findet Cläre Meyer-Lugau treffende Worte. Sie zeigt, wie die kirchliche Lehre im krassen Widerspruch steht zur wissenschaftlichen Weltanschauung, wie sie mit lauter eingebildeften Worten arbeitet, mit Dingen, von denen wir Menschen gar nichts wissen: Ewigkeit, Unsterblichkeit, Trost im Jenseits.

Blockhaus an der Wolga. Roman von Max Barthel. Verlag „Der Freidenker“, Berlin SW 29, Gneisenaustr. 41. In Leinen 4,— RM.

Das Blockhaus, von dem in dem neuen Roman von Max Barthel die Rede ist, steht an der unteren Wolga, aber die Handlung des Buches sprengt jenen Rahmen und führt nach Petrograd, das jetzt Leningrad heißt, führt nach Odessa, nach Minsk und Smolensk,

nach dem Ural, nach Sibirien und nach der grauen Stadt Astrachan. In dem Buche ist das Tempo jener kriegerischen Jahre, in denen die Entscheidungsschlacht zwischen dem Osten und dem Westen geschlagen wurde.

Der Verfasser hütet sich, in des billige Geschrei der Antibolschewisten einzufallen, er war ja selbst in jenen Jahren in Moskau, in Odessa, im Ural und in Smolensk. Er war ja selbst in Astrachan und in jenem Blockhaus, und was er nun in seinem Buche erzählt, ist letzten Endes das große Erlebnis vieler Millionen; die Erzählung von der glühenden Liebe zur russischen Revolution, ihr langsames und schmerzliches Erwachen in der Wirklichkeit.

Die Frage Sowjetrußlands ist auch heute noch die Schicksalsfrage der deutschen Arbeiterklasse. Barthel schildert in seinem Roman die russische Wirklichkeit, beschreibt die großen Feste, den Opfermut des Volkes, die Gesamtheit des Bürgerkrieges, die Schwierigkeit des Aufbaues und zeigt an einigen Episoden die unterirdische Arbeit der politischen Polizei. Alles in allem: ein menschliches Buch, ein Buch der Klarheit, kein Buch der Verklärung.

Dieser neue Roman wird auch in den heftigen Auseinandersetzungen, die im Schoße der deutschen Arbeiterbewegung wüten, vom großen Werte sein.

Die große Fehde. Tiergeschichten von Curt Biging, illustriert von Erich Bloch. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Kartonierte 2,— RM.

Was diese Tiergeschichten Curt Bigings aus der ganzen Gattung ähnlicher Literatur heraushebt, ist ihr weltanschaulicher Charakter. Der Verfasser, der als Biologe über eine tiefgründige Kenntnis der Tierwelt, der ebeimischen wie der exotischen, verfügt, fühlt sich in allem lebendig im Geiste Buddhas oder Franz von Assisis verbrüder. Er erweist sich zudem als Erzähler von vielen Graden, der die originellen Fabeln seiner Geschichten reizvoll vorzutragen weiß. Mißtrauischer als seinen Tieren steht Biging dagegen dem Menschevolk gegenüber, und er schreibt seinem eigenen Geschlecht verächtlichst sehr unangenehme Wahrheiten ins Stammbuch. So kommen auch die sozialkritisch veranlagten Leser auf ihre Kosten, und wir zweifeln nicht, daß das gut ausgestattete, höchst illustrierte Büchlein bei jung und alt zahlreiche Freunde finden wird.

Den Toten zum Gedächtnis!

1929.

† Am 23. Oktober in Leipzig Karl Scheibe, Steindrucker aus Leipzig-Schönefeld, 62 J. alt, an Lufttröhnenverengung, krank 22 W. — Eingetreten in Leipzig am 14. Juli 1918.

† Am 26. Oktober in Leipzig Karl Brabant, Lithograph aus Leipzig, 58 J. alt, an Zuckerkrankheit und Herzschwäche, krank 67 W. — Eingetreten in Leipzig am 3. August 1919.

† Am 27. Oktober in Düsseldorf Heinrich Schicks, Steindrucker aus Krefeld, 59 J. alt, an Magen- und Leberkrebs, krank 29 W. — Eingetr. in Barmen am 30. November 1924 (vorher Mitglied im Deutschen Werkmeister-Verband seit 1. Februar 1920).

† Am 27. Oktober in Gleiwitz Hermann Becker, Steindrucker aus Leipzig-Kleinzschocher, 61 J. alt, an Zuckerkrankheit und Dickdarmoperation, Invalide seit 9. September 1928. — Eingetr. in Leipzig am 15. März 1893.

† Am 29. Oktober in Berlin Oskar Lemp, Lithograph aus Berlin, 56 J. alt, an Herzlähmung, krank 5 Tage. — Eingetreten in Berlin am 8. Januar 1928.

† Am 29. Oktober in Saalfeld a. d. S. Franz Koller, Lithograph aus Deutsch-Wagram b. Wien, 70 J. alt, an Herzschlag, Invalide seit 5. Juli 1929. — Eingetr. in Frankfurt a. M. am 1. Januar 1893.

† Am 1. November in Grimma Karl Winter, Zeichner aus Roßwein, 62 J. alt, an Gehirnschlag, krank 7 W. — Eingetr. in Grimma am 21. September 1919.

† Am 3. November in Branschweig Otto Haase, Formstecher aus Annaberg i. Sa., 57 J. alt, an Herzleiden, krank 3 T. — Eingetr. in Braunschweig am 29. August 1920 (vorher Mitglied im Deutschen Holzarbeiter-Verband seit 7. November 1919).

† Am 5. November in Berlin Julius Wockenfuß, Photograph aus Falkenberg, 61 J. alt, an Herzschlag, krank 2 W. und 1 T. — Eingetr. in Berlin am 1. Dezember 1918.

† Am 8. November in Hamburg Herman Kuhnhardt, Steindrucker aus Altona, 70 J. alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetr. in Hamburg am 1. Januar 1893.

† Am 10. November in Berlin Robert Kliche, Kupferdrucker aus Berlin, 57 J. alt, an Herzlähmung, krank 1 W. und 3 T. — Eingetr. in Berlin am 5. Juli 1925.

† Am 12. November in Aachen Franz Lahaye, Steindrucker aus Aachen, 65 J. alt, an Magenkrebs, krank zuletzt 2 W. und 5 T. — Eingetreten in Aachen am 29. Juni 1919.

† Am 12. November in Berlin Egdard Zeidler, Steindrucker aus Berlin, 54 J. alt, an Herzleiden, krank 3 W. — Eingetr. in Berlin am 24. November 1918.

† Am 12. November in Dresden Gustav Jensch, Steindrucker aus Dresden, 67 J. alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetr. in Dresden am 1. August 1905.

† Am 12. November in Berlin Otto Röhl, Chemigraph aus Küstrin, 55 J. alt, an Gehirnleiden und Lungenerkrankung, krank 46 W. — Eingetreten in Berlin am 6. März 1902.

Ehre ihrem Andenken!

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Befügung des Mitgliedsbuches und der Sterbearbeitung sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. Der Vorstandsvorsitz.

Zinkdruckplatten in la Lithographie-Qualität. Ia Auswaschtinktur Zinkätzsalz D. R. P. Entsäuerungspulver, Schleifkugeln sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck. Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36, Wiener Straße Nr. 50 Fernspr. Mor. 12289

Jeder Kollege, ganz gleich, ob an Buch-, Stein- oder Offsetmaschine, verlange das von der Fachpresse sowie Druckereien glänzend begutachtete Ungers Antitrocken (gesetzl. gesch.) um ein Eintrocknen der Farbe über Nacht auf den Walzen, Duktoren und Farbwerk, sogar Farbslein und angebrochenen Böschchen, bei jedem Quantum Trockenstoffzusatz, ganz sicher zu verhindern. Für Offset ganz unentbehrlich! Verlangen Sie Prospekt! PAUL UNGER Zwickau i. Sa. - Schleifbach 133.

Für Graphiker! ein praktischer Ratgeber mit 48 illustrierten Beispielen aus der Klischee- u. Drucktechnik von Hans Eckstein. (Höchste Anerkennung der Fachpresse.) Aus dem Inhalt: Die Wichtigkeit der Klischees nebst den näheren Bezeichnungen. Die Unterschiede und der Werdegang des Holzschmittes - Strichzungen - Autotypen - Galvanos und Stereotypen. Wie soll die Zeichnung für Reproduktionszwecke beschaffen sein? Ihre Technik. - Praktische Maßangaben. - Die Wirkung illustrierter Inserate - Strichzeichnung mit Rasterkombination. - Positiv-Reliätsche. - Farbenklischees. - Die Abnutzung der Klischees und ihre Ursache. - Klischeebehandlung und Aufbewahrung und dgl. mehr! Preis 3,— RM. gegen Nachnahme oder Vorauszahlung. Postcheckkonto Leipzig Nr. 15078 Conrad Müller, Schkeuditz- Leipzig, Auguststraße 8.

Das Beste für den Offset- und Steindruck ist: Druckpaste „Nürwa“ und Trockenmittel „Molloin“ (blef-frel) Seit Jahren vorzüglich bewährt. KARL A. WAGNER, Chemische Produkte, Grimmitzschau i. Sa. Schieferstraße 4.

FACHLITERATUR! DER WERDEGANG DER CHROMOLITHOGRAPHIE in 12 Farben, 23 Tafeln auf Chromokarton mit Erläuterung. Preis der Mappe inklusive Nachnahme 5,10 RM. DER WERDEGANG DES TIEDRUCKES in 4 Farben, 7 Tafeln auf feinstem Kupferdruckkarton mit erläuternden Worten. Preis der Mappe inklusive Nachnahme 5,10 RM. DER WERDEGANG DES OFFSETDRUCKES in 8 Farben, mit erläuternden Begleitwort. Preis der Mappe inklusive Nachnahme 4,10 RM. DER WERDEGANG EINER LANDKARTE in 6 Farben, 11 Tafeln auf feinstem Landkartenpapier mit erläuternden Worten. Preis der Mappe inklusive Nachnahme 5,10 RM. DER WERDEGANG DER AUTOTYPHE 7 Tafeln auf erstklassigem Chromokarton mit ausführlichen Erklärungen. Preis der Mappe inklusive Nachnahme 5,10 RM. Conrad Müller / Schkeuditz - Leipzig.